

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 11.09.2014
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Bruns, Ludger
Mecklenburg, Rico
Schulze, Kai-Uwe
Strelow, Gregor

für Hans-Dieter Haase

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hegewald, Reinhard

für Benedikt Rosenboom

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Marsal, Andrea
Renken, Bernd

(bis 18:16 Uhr)

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Fekken, Okka
Mansholt, Dieter
Schmidt, Heinz-Bernhard
Jakobs, Stefan
Wegbänder, Martin
Willms, Artur
Wübbena, Hans-Richard
Behrens, Sebastian
Meyer-Spannhoff, Henry

Protokollführung

Rauch, Agnes

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 23.06.2014 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 23.06.2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 16 über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und des Rechnungsprüfungsausschusses am 26.06.2014 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Das Protokoll Nr. 16 über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation und des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 9) am 26.06.2014 -öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Vorstellung des Budgets 2015 der Stabstellen, des Fachbereiches 200 und des Betriebes Gebäudereinigung gemäß des Eckwertebeschlusses 2015
Vorlage: 16/1377

Herr Mansholt erklärt, wie bereits im letzten Jahr wolle die Verwaltung auch im Jahr 2014 dem Rat die Inhalte des Eckwertebeschlusses darstellen. Gleichzeitig wolle man auch die Möglich-

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014

keit nutzen und in den Fachausschüssen die Budgets vorzustellen und für Fragen zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation sei für den Fachbereich 200 und die Stabsstellen zuständig. Die Leitungen der entsprechenden Fachdienste bzw. der Stabsstellen seien heute anwesend, um ihr Budget anhand von PowerPoint-Präsentationen kurz vorzustellen. Alle Präsentationen sind im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Mansholt stellt das Budget des Verwaltungsvorstandes – 101 vor und erläutert dieses.

Herr Mecklenburg fragt bezüglich der internen Leistungsverrechnungen an, ob für die einzelnen Leistungen Rechnungen geschrieben würden. Er könne nachvollziehen, dass aufgrund der Kostenklarheit verrechnet werden müsse. Falls jedoch Rechnungen geschrieben und Überweisungen getätigt würden, sei dieses ein enormer Aufwand.

Herr Mansholt erklärt, in dem gerade von ihm dargestellten Bereich würden keine Rechnungen geschrieben, das werde nur über die Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt. Man müsse natürlich wissen, wie hoch der Aufwand sei, um zu sehen, ob es wirtschaftlich sei. Aber im Grunde nach werde das nur dargestellt und es würden keine Rechnungen hin- und hergeschoben. Überweisungen würden nicht getätigt. In einer zentralen Stelle im Fachdienst Finanzen und Abgaben würden diese Dinge gebucht werden. Natürlich würde es auch Fälle geben, bei denen man etwas detaillierter herangehe und zwar dort, wo es eine unmittelbare Inanspruchnahme geben würde und man im Einzelfall überlegen könnte, ob es sein müsse oder nicht.

Herr Bongartz führt aus, es sei Tradition im Haushalt, diese Hauptziele anzugeben. Doch seit Jahren würden immer wieder dieselben Ziele genannt. Man müsste jedoch über diese Ziele nachdenken, da sie immer wiederkehrend seien. Es mache keinen Sinn, sich Ziele zu setzen, sondern man müsse sich darüber Gedanken machen, wie man diese umformulieren könne, damit sie konkret nachvollziehbar seien. Gerade im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit habe man nichts erreicht, da es so viele Arbeitslose wie lange nicht mehr in Emden geben würde.

Herr Jahnke stimmt den Äußerungen von Herrn Bongartz zu. In den letzten Jahren seien an vielen Stellen die Ziele nicht verändert worden. Wobei man sich auch die Frage stellen müsse, was überhaupt quantifizierbar sei. Wenn man die Arbeitslosigkeit reduzieren wolle, könne man auch immer nur gewisse Rahmenbedingungen setzen. Es sei vermessen, wenn man glaube, dass Rat und Verwaltung hier direkt Einfluss auf die Arbeitslosenquote hätten. Insofern sei dieses eine schwierige Diskussion. Auch müsse man schauen, ob man sich nicht auf die wirklichen Dinge konzentrieren sollte, die auch tatsächlich messbare Größen hätten. Seiner Ansicht nach würde dieses im Haushalt an ganz vielen Stellen fehlen. Er schlage vor, dass man sich in einem intensiven Workshop um diese Sache kümmern werde.

Anschließend stellen **Herr Mansholt** das Budget des Vorstandsbüros, **Frau Fekken** das Budget der Gleichstellungsbeauftragten und **Herr Schmidt** das Budget des Juristischen Dienstes vor.

Herr Bolinius erkundigt sich bei Herrn Schmidt, ob die jetzigen Personalkosten hier enthalten seien. Weiter bittet um Ausführungen bezüglich der Urheberrechteverletzung.

Herr Schmidt nimmt zu der Urheberrechteverletzung Stellung.

Herr Jahnke geht auf die Personalkosten ein. Es sei beschlossen worden, nach dem Ausscheiden von Herrn Schmidt keine Wiederbesetzung vorzunehmen. Natürlich werde man im Prozess abwarten müssen, ob das so funktioniere. In der Haushaltsstrukturkommission sei man sich von vornherein klar darüber, dass nicht die vollen Personalkosten, die heute für Herrn Schmidt anfallen würden, als Einsparvorschlag eingestellt werden könnten. Die Hälfte der Kos-

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014

ten habe man für zusätzliche Fremdvergaben zurückgestellt. Ob dieses Verfahren insgesamt für die Verwaltung praktikabel sei, müsse erst einmal abgewartet werden. Seiner Ansicht sei es ein Versuch, den man über ein oder zwei Jahre betrachten müsse.

Herr Strelow bittet darum, sich seitens der Verwaltung diesen Prozess noch einmal intensiv anzuschauen mit dem Ziel, die eine oder andere Sache extern zu vergeben.

Herr Discus erläutert gemeinsam mit den **Herren Willms, Meyer-Spannhoff, Jakobs** und **Wegbänder** das Budget des Fachbereichs 200 und seiner Fachdienste.

Herr Bolinius begrüßt es, dass Einsparungen erreicht worden seien. Hinsichtlich der Wahl im Jahr 2016 bemerkt er, dass es bei einer Einwohnerzahl unter 50.000 zwei oder drei Wahlbereiche geben werde. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, wie hoch die Abweichungen der Einwohnerzahlen der Wahlbereiche untereinander sein dürfen.

Herr Willms sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Nach § 7 Abs. 6 Sätze 1 und 2 des Nds. Kommunalwahlgesetzes sind bei der Abgrenzung der Wahlbereiche die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlbereiche soll nicht mehr als 25 vom Hundert nach oben oder unten betragen. Nach § 3 Abs. 2 der Nds. Kommunalwahlordnung hat die Wahlleitung die Zahl und die Abgrenzung der Wahlbereiche unter Angabe der jeweiligen Einwohnerzahl der für das Wahlgebiet zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde mitzuteilen.

Herr Bolinius bittet um Auskunft, ob bei den genannten 20.000 Mahnungen auch mehrmalige Mahnungen enthalten seien. Weiter fragt er an, wie viele von den 3.400 Vollstreckungen keinen Erfolg hätten und wie hoch der Betrag sei, der dann für die Stadt Emden verloren gehe.

Herr Wegbänder entgegnet, dieses könne man statistisch nicht auswerten. Er könne nur darstellen, welcher Betrag tatsächlich eingenommen werde.

Herr Wübbena stellt dann das Budget für den Betrieb Gebäudereinigung vor.

Abschließend erläutert **Herr Jahnke** das Finanzbudget mit den vier Bereichen „Zentrale Aus- und Fortbildung“, „Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden“, „Beteiligungen“ und „Allgemeine Finanzwirtschaft“.

Frau Winter bedankt sich für die Vorstellungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bongartz bezieht sich auf das Defizit des Krankenhauses. Hier würden 2,5 Mio. € stehen, wobei man wisse, dass dort 3,5 Mio. € stehen müsse. Unabhängig von der Entwicklung des geplanten Krankenhauses werde sich mittelfristig an der wirtschaftlichen Situation des Emdener Krankenhauses nicht viel ändern. Weiterhin müssten auch Investitionen getätigt werden, die z. B. aus Hygienegründen nicht unterlassen werden dürften.

Herr Strelow bedankt sich für die Ausführungen, bei denen deutlich geworden sei, dass es sich um sehr komplexe Themen handeln würde.

Bezüglich des Krankenhauses führt er aus, es sei bekannt, dass die 2,5 Mio. € als Defizit dauerhaft nicht reichen würden. Realistischer sei hier ein Betrag von 3,5 Mio. €. Trotz der hoffentlich positiven Entscheidung hinsichtlich des Zentralklinikums müsse wahrscheinlich die eine oder andere Investition getätigt werden. Das führe dazu, dass die Defizite aufgrund der Abschreibung, Finanzierung usw. weitersteigen werde. Dieses sei in der Tat ein Risiko für den

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014

Haushalt. Herr Jahnke habe bereits darauf hingewiesen, dass trotz Rekordsteuereinnahmen von über 99 Mio. € das Geld nicht ausreichen werde, um die Ausgaben laufend zu decken. Aus diesem Grunde seien für seine Fraktion die Forderungen im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission nach wie vor vorhanden. Dabei wisse man nicht, ob die Stadt Emden die 99 Mio. € aufgrund von konjunkturellen Risiken in den nächsten Jahren noch weiter bekommen werde. Darum würde der Stadt Emden nichts übrig bleiben, als den Weg der Haushaltsstrukturkommission weiter zu gehen.

Herr Bolinius geht nicht davon aus, dass die Stadt Emden dauerhaft 50 Mio. € Gewerbesteuer erzielen werde. Schon jetzt habe man ein strukturelles Defizit von 5 Mio. €. Auch die Haushaltsstrukturkommission werde diese Summe nie einsparen können. Darum würde sie Vorschläge der Verwaltung erwarten, die umgesetzt werden könnten.

Herr Hegewald macht darauf aufmerksam, dass die Bundesregierung beschlossen habe, die Kommunen in Deutschland in den Jahren 2015, 2016 und 2017 mit jeweils 1 Mrd. € zu entlasten. Er fragt an, ob bekannt sei, wie viel auf die Stadt Emden entfallen werde.

Herr Jahnke verneint diese Frage. Dieses werde man natürlich ausrechnen, wenn die entsprechenden Unterlagen dazu vorliegen würden. Bezüglich des Krankenhauses führt er aus, die im Haushalt enthaltenen 2,5 Mio. € sei die zurzeit mittelfristige Finanzplanung des Krankenhauses und entsprechend in diesem Jahr veranschlagt worden. Er stimmt der Aussage von Herrn Bongartz zu, selbst wenn keine Entscheidung hinsichtlich des Zentralklinikums fallen würde, sei es sehr ambitioniert, diese 2,5 Mio. € zu erreichen.

Herr Bolinius erinnert daran, dass der größte Emdener Gewerbesteuerzahler eine Firma übernommen habe, die Verluste verzeichnen würde. Da die Gewerbesteuer dann auch auf alle Standorte verteilt werde, werde die Stadt Emden dadurch einen erheblichen Nachteil habe. Er fragt an, ob sich die Summe schon beziffern lasse.

Herr Jahnke bestätigt, bei jedem neuen Standort verteile sich der Zerlegungsbescheid auf mehr Kommunen. Das heißt, zukünftig würden von dem Emdener Hauptsteuerzahler Kommunen profitieren, die bisher kein Geld erhalten hätten. Dieses würde natürlich zu Lasten der anderen Kommunen gehen. Bezüglich der Größenordnung müsse man zunächst abwarten, wie die nächsten Vorauszahlungsbescheide ausfallen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 7 Einrichtung einer Direktübertragung (Livestream) aus dem Ratssaal;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 20.06.2014
Vorlage: 16/1387

Herr Bolinius stellt heraus, in dem Antrag der FDP-Fraktion sei bereits Vieles ausgeführt worden. Da die Entwicklung der Technik immer weiter fortschreite, schlage er vor, bei einer Direktübertragung zunächst mit den Ratssitzungen zu beginnen. Seine Fraktion würde große Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sehen, die sich für Politik interessierten, aber nicht in den Ratssaal kämen. Sie könnten dann von zu Hause aus die Ratssitzung verfolgen. Zwar sei die Darstellung der Verwaltung sehr ausführlich und es werde auf die Kosten verwiesen. Doch würde er diese im Vergleich zu den Geldern, die in die Datenvereinbarung investiert würden, als marginal ansehen.

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014

Herr Renken stellt heraus, grundsätzlich würde auch er den Antrag der FDP-Fraktion befürworten. Bei der Vorstellung des neuen Internetauftrittes der Stadt Emden habe er sich auch nach der Möglichkeit von Livestream-Aufzeichnungen des Rates erkundigt. Generell sei dieses auch für machbar erklärt worden, obwohl dieses das Programm für den Web-Auftritt der Stadt Emden nicht hergeben würde. Seinerzeit habe er sich auf eine ganze Reihe von Städten bezogen, bei denen die Räte beschlossen hätten, sich den neuen Technologien und Informationswegen nicht zu verschließen. Seiner Ansicht nach könnten dadurch mehr Bürgerinnen und Bürger erreicht und das Interesse an der Kommunalpolitik gesteigert werden. Auch das Kostenargument würde in diesem Fall überhaupt nicht greifen, da die Kosten überschaubar seien. Er würde sich der Meinung von Herrn Bolinius anschließen, da es nicht sein könne, dass das erste Argument zu diesem Thema lauten würde, man habe dafür keine Ressourcen und Mittel zur Verfügung.

Weiter führt er aus, richtig sei es, dass in diesem Zusammenhang auch die datenschutzrechtlichen Belange beachtet und gelöst werden müssten. Seiner Ansicht nach sollte dieser Weg beschritten und offene Fragen in einem weiteren Verfahren geklärt werden.

Herr Jahnke macht darauf aufmerksam, dass die von der Verwaltung aufgeführten Argumente nicht von der Hand zu weisen seien, wenn man sich den Ratssaal ansehe. Bei einer Live-Übertragung müsse man wahrscheinlich mit einem Rednerpult arbeiten. Auch würden sich die Ratssitzungen zeitlich ausweiten. Er habe es immer als sehr angenehm empfunden, wenn sehr intensiv in den Fachausschüssen beraten und diskutiert und im Rat letztendlich nur noch abgestimmt worden sei. Das führe auch dazu, dass die Ratssitzungen der Stadt Emden im Gegensatz zu vielen anderen Gebietskörperschaften in einer relativ vernünftigen Art und Weise ablaufen würden. Ob man eine solche Direktübertragung nur auf die Ratssitzungen beschränken könne und ob sie tatsächlich ein Interesse in der Bevölkerung wecke, bezweifle er. Auch sei es ein Unterschied, ob man es mit einer wirklich großen Stadt zu tun habe oder mit einem relativ kleinem Bereich, den man in Emden vorfinde. An vielen Ausschusssitzungen würden nur zwei oder drei Bürgerinnen oder Bürger teilnehmen. Wenn es jedoch um wirklich wesentliche Themen in der Stadt gehen würde und die Leute interessiert seien, kämen sie auch zur Sitzung und stellten entsprechende Fragen. Seiner Meinung nach habe die Stadt Emden im Prinzip ein funktionierendes System.

Herr Willms geht auf die in der Vorlage genannten Kosten in Höhe von 14.000 € ein. Hierbei handele es sich um Sachmittel. Doch müsse man auch die Personalressourcen beachten. Eine derartige Übertragung müsse personell betreut werden. Dieses Personal sei aber nicht mehr vorhanden, da im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission überall eingespart worden sei.

Herr Bongartz stellt heraus, die CDU-Fraktion werde sich diesem Antrag nicht anschließen. Selbst bei steigenden Gewerbesteuererinnahmen und Spitzenstellen sei man nicht in der Lage, den Haushalt zu decken. Es werde bereits über Krisenszenarien diskutiert, da man genau wisse, dass man spätestens im Jahre 2016 mit einem Einbruch im Gewerbesteuerbereich in Höhe von 8 bis 10 Mio. € rechnen müsse. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass nur noch Dinge getan werden sollten, die wirklich zwingend notwendig seien. Eine Direktübertragung der Ratssitzung gehöre für ihn nicht dazu. Weiter müsse man auch betrachten, wie groß das Interesse der Bevölkerung sei. In den Ratssitzungen würden sehr viele Verwaltungsmitarbeiter und nur wenige Bürgerinnen und Bürger anwesend sein. Wenn es jedoch um ein Thema gehe, das die Menschen interessiere, dann gehe der Rat auch in die Nordseehalle, um allen die Möglichkeit zu geben, an einer Diskussion der unterschiedlichen politischen Parteien teilhaben zu lassen.

Herr Hegewald fragt an, wie viele Personen in Braunschweig oder Helmstedt die Möglichkeit der Direktübertragung nutzen würden.

Herr Behrens führt aus, in Braunschweig sei die Ratssitzung im Schnitt mit ca. 1.000 Klicks verfolgt worden. Das bedeute aber nicht, dass es 1.000 Bürgerinnen und Bürger gewesen sei-

Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 11.09.2014

en. Es könnte auch sein, dass sich z. B. Verwaltungsmitarbeiter immer wieder ins Netz geschaltet hätten. Er gibt zu bedenken, dass die Sitzungen des Rates in Braunschweig im Schnitt vier oder mehr Stunden dauern würden.

Herr Schulze stellt heraus, seine Fraktion schließe sich der Meinung und den Argumenten der Verwaltung an, zumal es sich um keine notwendige Maßnahme handele.

Herr Renken erklärt, er erwarte eigentlich, dass man sich mit diesem Thema noch einmal ernsthaft auseinandersetze und schlägt vor, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit Begleitung der Verwaltung einzusetzen.

Herr Strelow schließt sich den Worten seiner Vorredner an. Der Datenschutz, die Kosten der Infrastruktur im Ratssaal, die Zustimmung des Einzelnen und letztendlich die Haushaltsstrukturkommission seien Argumente gegen die Einrichtung einer Direktübertragung. Auch würde er den Nutzen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe an dieser Stelle nicht erkennen.

Herr Bolinius stellt heraus, überwiegend werde hier mit den Kosten argumentiert. Dabei erinnert er an die Tonbandaufnahmen und die Internetpräsenz. Er sei fest davon überzeugt, dass die Entwicklung in einigen Jahren auch zu einer Direktübertragung gehen werde.

Herr Bongartz ist der Ansicht, der Rat der Stadt Emden habe ein Gespür davon, Dinge so zu gestalten und einzusetzen, aus denen die Bevölkerung tatsächlich einen effektiven Nutzen ziehen könne und die sie als sozialvertretbar bezeichne. Er betont abschließend, die CDU-Fraktion werde sich an einer Arbeitsgruppe nicht beteiligen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

Herr Bolinius erklärt, er habe per Email am 19. und am 23.06.2014 den Antrag gestellt, einen Punkt auf die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt zu nehmen. Herr Docter habe dieses aufgrund fehlenden Fachwissens abgelehnt. Daraufhin habe er die Kommunalaufsicht angeschrieben. Nunmehr hätte ihm diese geantwortet, zwar sei der Antrag rechtens, doch die Verwaltung bräuchte ihn nicht auf die Tagesordnung zu nehmen, da er nicht unterschrieben worden sei. Laut Ansicht der Kommunalaufsicht müsste die Geschäftsordnung geändert werden.

Abschließend wirft er die Frage auf, wie die Verwaltung mit den vorliegenden Anfragen und Anträgen umgehen wolle, die nicht handschriftlich unterschrieben worden seien.

Herr Willms entgegnet, die Verwaltung habe das Schreiben der Kommunalaufsicht als Kopie bekommen. Es sei in der Tat so, dass ein Vorschlag zur Geschäftsordnung erarbeitet werden müsse. Er würde es jedoch nicht so sehen, dass Anträge, die in der Vergangenheit gestellt worden seien, ungültig sein sollten. Auch würde man im Moment so weiter verfahren, dass Anträge, die per Email eingehen würden, zulässig seien.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.